



Industrie- und Handelskammer  
zu Schwerin

## **IHK-Jahresempfang 2009**

### **„Fehlentwicklungen und Perspektiven des weltweiten Finanzsystems“**

Mittwoch, 07. Januar 2009 im Mecklenburgischen Staatstheater Schwerin

### **Thesen**

von

**Herrn Prof. Dr. Max Otte**

**Geschäftsführer des Instituts für Vermögensentwicklung (IFVE), Köln**

**Sperrfrist: Mittwoch, 07. Januar 2009, 18:00 Uhr**

Als ich 1998 verantwortlicher Projektleiter einer Unternehmensberatung war, die zusammen mit einem internen Projektteam Vorschläge zur Reorganisation des Bundesministeriums für Wirtschaft ausarbeiten sollte, sagte mir ein alt gedienter Ministerialbeamter im Dienstzimmer Ludwig Erhards: „Früher standen die Vorstandsvorsitzenden hier Schlange, um einen Termin beim Minister zu bekommen. Heute stehen die Politiker Schlange, um nach ihrem Ausscheiden einen Job in der Wirtschaft zu bekommen.“

Alexander Rüstow, Wilhelm Röpke und Ludwig Erhard hätten sicher zugestimmt, dass wir starke Ministerien brauchen, um Partikularinteressen abzuwehren und den Staat nicht zur Beute werden zu lassen. Heute, wo ganze Gesetze von der Lobby geschrieben werden, scheint dieser Kampf fast verloren gegangen zu sein. Wenn die Börse Frankfurt eine von ihr bezahlte Mitarbeiterin an das hessische Wirtschaftsministerium ausleiht und eben diese Mitarbeiterin dann in der Börsenaufsicht tätig ist, ist das grotesk.<sup>1</sup> Wenn Bankenrettungspakete entscheidend durch die Banken gestaltet werden, die vorher nach allen Maßstäben versagt haben, ist das ebenfalls grotesk.

### **Warum insbesondere Finanzmärkte reguliert werden müssen**

Wenn auch die Rettungsaktionen im Großen und Ganzen richtig waren, um einen Zusammenbruch des Systems zu vermeiden, so hätte der Staat den Banken gerade in Deutschland wesentlich höhere Kosten für seine Bürgschaften auferlegen können, wie in den USA geschehen. So wird das deutsche Programm, wie zum Beispiel im Falle der Commerzbank, zu einem öffentlich subventionierten Kapitalbeschaffungsprogramm, welches die Wettbewerbsbedingungen gegenüber den noch solide und nicht subventioniert operierenden Banken, z.B. den Volks- und Raiffeisenbanken, verzerrt.

---

<sup>1</sup> Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger (SdK), Schwarzbuch Börse 2007, München 2008.

Es ist an der Zeit, dass wir uns wieder auf unsere ökonomische Tradition und das Denken in Wirtschaftsordnungen rückbesinnen. Produktion, Handel und Finanzen haben unterschiedliche Spielregeln und Gesetzmäßigkeiten. Es gilt, dies zu erkennen, genauso wie die Nationalökonomien des 18. und 19. Jahrhunderts zwischen Unternehmereinkommen (Gewinne), Kapitalbesitzereinkommen (Renten) und Arbeitseinkommen (Löhne) unterschieden haben. Dabei geht es auch um Verteilungsaspekte. Heute, wo das finanzwirtschaftliche Denken oft dominiert, wäre auch auf die Unterschiede der drei Bereiche einzugehen.

Der Finanzsektor ist einer der sensibelsten Bereiche der Wirtschaftsordnung. Hier muss es zunächst um Risikovermeidung und eine solide Basis für den güterwirtschaftlichen Bereich gehen. Moderne Finanztechniken erlauben es, Risiken zu verstecken oder in die Zukunft zu verschieben und so das System mit Risiken zu belasten, die zunächst nicht erkennbar sind. Märkte sind für Bildung spekulativer Blasen anfällig, und in nicht regulierten Finanzmärkten finden Euphorie und Panik regelmäßig statt. Finanzmärkte sollten also konservativ reguliert und mit „Bremsen“ ausgestattet werden. Im Zweifelsfall sollte man der langweiligen, aber überschaubaren, risikovermeidenden und transparenten Lösung den Vorzug geben.

### **Vorschläge für eine umfassende und marktkonforme Regulierung**

- 01 Tobin-Steuer einführen: Eine Steuer von einem Prozent auf alle internationalen Kapitaltransaktionen ist keinesfalls das sozialistische Übel, als das sie gern gebrandmarkt wird, sondern ein marktkonformer Eingriff. Diese Steuer würde auf einen Schlag viele spekulative Kapitalbewegungen unterbinden. Aber kaum eine internationale Produktionsstätte würde ungebaut bleiben, nur weil sie ein Prozent teurer wäre.

- 02 Eigenkapital stärken: Zwar wurden mit dem Basel-II-Abkommen von 1992 schärfere Eigenkapitalrichtlinien geschaffen – Banken sollen acht Prozent Eigenkapital hinterlegen –, aber offensichtlich ist damit das systemische Risiko nicht berücksichtigt. Eine Eigenkapitalquote von zehn Prozent – und zwar grundsätzlich und nicht risikogewichtet wie bei Basel II – erscheint sinnvoll. Insgesamt ist Basel II zu hinterfragen. Ratings und Risikogewichtungen sind in der Theorie gut, in der Praxis führen sie zu mehr Bürokratie sowie Hemmnissen gerade für den Mittelstand. Hier wird eine zusätzliche Bürokratie aufgebaut, die große Unternehmen bevorzugt. Zudem wird das Risiko oftmals hinter mathematischen Modellen versteckt und ist damit weniger transparent als bei einer einfachen Eigenkapitalregel.
- 03 Bilanzierungsvorschriften verschärfen: Regulierungsbehörden und Banken reagieren auf die Krise mit einer Lockerung der Bilanzierungsvorschriften. Kern des Anstoßes ist die Bilanzierung zum „fairen Wert“. In der Theorie ist dies eine gute Sache, aber die Praxis sieht anders aus. Für viele Produkte gibt es keinen Markt, dann muss der Wert durch mathematische Modelle ermittelt werden. Und diese Modelle werden oft gerade dann erhebliche Wertminderungen ausweisen, wenn sich die Wirtschaft in einem Abwärtszyklus befindet. Wir haben also im Resultat eine zyklenverstärkende Bilanzierung. Die konservative und einfache Regelung des Niederistwertprinzips des deutschen Handelsgesetzbuches (HGB), die wir mit den International Accounting Standards (IAS) zunehmend über Bord werfen, sind einen Blick wert: Hier werden Bilanzpositionen zum Anschaffungs- oder zum Marktwert bilanziert, je nachdem, welcher Wert der niedrigere ist. Somit war bei deutschen Unternehmen, die nach HGB bilanzieren, immer sichergestellt, dass Werte konservativ und vorsichtig erfasst wurden.
- 04 Hedgefonds und Private Equity regulieren: Sie unterliegen keinerlei Regulierung, müssen aber z.B. hinsichtlich Eigenkapitalanforderungen genauso reguliert werden wie alle anderen Anlagevehikel.

- 05 Derivate für Privatanleger verbieten: Nicht alle Finanzinnovationen sind sinnvoll. Aus guten Gründen waren solche Produkte bis ungefähr 1970 für Privatanleger weitgehend verboten.
- 06 Verbriefung von Hypotheken und Konsumentenschulden stark einschränken: Die amerikanische Regierung gibt die Richtung vor, indem sie verbrieft Produkte in Zukunft auf Kosten des Emittenten versichern will. Wichtig ist, dass die Versicherung das Risiko abdeckt und zu Marktpreisen erfolgt. Dann wird sich die Verbriefung schnell auf ein wirtschaftlich gesundes Normalmaß einpendeln.
- 07 Regulierungsbehörden auf Augenhöhe mit den Banken: Es kann nicht sein, dass Länder sich einen Wettlauf um ein Minimum an Regulierung liefern und dass zum Beispiel die Depfa-Bank, die als irische Tochtergesellschaft der irischen Regulierung unterliegt, die Muttergesellschaft Hypo Real Estate in Deutschland zu Fall bringen kann. Europäische Banken agieren im gesamten Europa; ihnen stehen lediglich nationale Regulierungsbehörden gegenüber. Anstatt dass sich die Banken den kleinsten gemeinsamen Nenner aussuchen können, sollten sie internationalen Regulierungsbehörden auf Augenhöhe unterworfen sein.
- 08 Rechtsfreie Räume beseitigen: Steueroasen wie die Kanalinseln, die Cayman Islands oder Liechtenstein müssen sich den Regeln der Transparenz unterwerfen. Die Realisierung wäre einfach: Jedes Bankinstitut, das dort Tochtergesellschaften unterhält, muss voll transparent sein oder bekommt im Heimatland die Lizenz entzogen.

- 09 Haftung für Vorstände konsequent anwenden: Die Gesetze der meisten Länder sehen Haftungsregelungen vor, die ausreichen würden, wenn man sie anwenden würde. Das ist auch im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) der Fall. Vorstände können sich derzeit sogar gegen den Tatbestand der „grobe Fahrlässigkeit“ versichern. Es würde ausreichen, derartige Versicherungen zu verbieten und auch schon im Fall der einfachen Fahrlässigkeit eine erhebliche Haftung von Vorständen einzufordern. Vorstände sind Kaufleute und haben besonders sorgsam zu handeln.
- 10 Vergütungssystem ändern: Es würde ausreichen, das System der Jahresboni in ein System von Belegschaftsaktien zu verwandeln, die frühestens fünf Jahre nach Ausscheiden veräußert werden können. Mit einem Schlag würden die Vorstände langfristig denken und handeln.
- 11 Weniger, aber mit mehr Kompetenzen ausgestattete Beamte: Der Beamte auf Lebenszeit preußischer Prägung, der unbestechliche Staatsdiener, ist heute leider sehr selten geworden. Das liegt auch daran, dass es in Deutschland zu viele Beamte gibt. Aus meiner Praxis bei den Ministerien weiß ich, dass man deren Personal und das vieler Behörden ohne Weiteres um 50 bis 70 Prozent reduzieren könnte. Die verbliebenen Regierungsbeamten sollten aber gut bezahlte Spitzenkräfte sein, denen Nebenverdienste in der Wirtschaft verboten sein sollten – wenn sie zum Beispiel Aufsichtsratsmandate bekleiden –, und die sich auf die hoheitlichen staatlichen Aufgaben konzentrieren. Wichtig wäre, sie weniger beeinflussbar durch Lobbyisten zu machen.